Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 428. **Mittwoch** den 24. August 1898. **92. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 24. August.

Wir bringen die Berichte über den Katholikentag in Crefeld in solcher Ausführlichkeit nicht deswegen, weil er politisch etwas Neues zu Tage fördern könnte — das ist bei dem unverrückbaren Ziel des Ultramontanismus kaum möglich, — sondern um das Wesen der „regierenden Partei", ihr Wünschen und Wollen, sowie ihr ganzes Gethue wieder einmal recht deutlich vor Augen zu führen. An Blenden hat es nicht gefehlt, man mag über sie hinweggehen, da sie zum Wesen der „hinreißenden" ultramontanen Kirche gehören. Es mag hier vorläufig nur auf eine Geschichtsfälschung hingewiesen werden, die man sich seit einiger Zeit im Centrumslager und jetzt auch auf dem Katholikentage gleichfalls hat. Die Partei fühlt sich als „regierende" und da glaubt sie sich neuerdings mit dem Mäntelchen der unentwegten Ordnungspartei schmücken zu müssen. Revolutionäre Ideen haben demgemäß in katholischen Kreisen natürlich nie bestanden, und wo sie bestanden haben, da haben die stets staatstreuen Herren Bischöfe sofort mit ihrem priesterlichen Oel die erregten Wogen geglättet. Das hätten diese treuen Diener des Staates ganz besonders im „rothen Jahre" gethan. Diese zeitgemäße Entdeckung tauchte gelegentlich der Märzerinnerungen in diesem Jahre auf, sie ging durch die katholischen Blätter als „unumstößliche geschichtliche Thatsache" und auf dem Katholikentage glaubte sie Herr Dr. Ursen, Rechtsanwalt in Crefeld und Chef des Ordenscomités, in richtiger Würdigung der Inferiorität seiner Zuhörern in wissenschaftlichen Dingen vortragen zu können. Nun sollte der Herr sich doch erinnern, daß die katholischen Prälate und Bischöfe ihren Schäflein bisweilen heute noch durch ihr widerspenstiges Wesen gegen den Staat ein recht schlechtes Beispiel zu geben sich nicht gescheut haben. Wenn sich der Erzbischof von Köln im Herbst 1837 und der Erzbischof von Posen im Herbst 1839 zum Widerstand gegen die Staatsgewalt für berechtigt glaubten, so mußten diejenigen, die in ihren geistlichen Herren die Unfehlbarkeit zu sehen gewohnt waren, es nachgerade als ihre Pflicht betrachten, dem Staat Widerstand zu leisten. „Schlechtes Beispiel verdirbt gute Sitten", und so sehen wir denn die rothe Fahne des Aufruhrs zuerst an den Stätten der schwarzen Staatstreuen sich erheben. Im Jahre 1848 beginnt die unruhige Bewegung in München, Köln, Düsseldorf, Aachen, also in Städten mit fast durchweg katholischer Bevölkerung. Die Bewegung setzt sich fort im badischen Seekreise und im Odenwalde, also auch in Gegenden mit sehr stark katholischer Bevölkerung. Im April 1848 thut sich in der zu über 90 Proc. katholischen Gegend von Konstanz die erste deutsche Republik auf, die freilich ein rasches Ende findet, aber nicht durch die Thätigkeit der katholischen Geistlichkeit, sondern durch die Gewehre der Soldaten. Ein furchtbarer, große Opfer an Blut erfodernder Aufstand wüthet in der überwiegend katholischen Provinz Posen und katholische Geistliche nehmen activ an dem Aufstand Theil. Angesichts dieser Thatsachen sollte man doch endlich das Märchen, daß der katholische Klerus von der Revolution zurückgehalten habe, nur noch Kindern erzählen, die noch nicht lesen können oder nur ganz geheim im Beichtstuhl, wo es zu dem Uebrigen kommt.

Werden die **neuen Handelsverträge** auch erst in einigen Jahren den Reichstag beschäftigen, so wird ihre Vorbereitung doch schon jetzt in Angriff genommen, und es muß darum vor Allem daran gedacht werden, nicht schon jetzt Schritte zu thun, durch die man in eine Sackgasse gerathen würde. Das führende Blatt der „regierenden" Partei läßt einen Mahnruf erschallen, der im Hinblick auf die gesammte innere Politik, wie insbesondere auf die Handelsvertragspolitik vor höchsten Beachtung werth ist. Der Artikel übt zunächst eine scharfe Kritik an der Haltung der extremen Agrarier. Gleich im Eingang wird gesagt:

„Jeder Unbefangene wird anerkennen, daß die gegenwärtige Regierung in Preußen und im Reiche aufrichtig bestrebt ist, den Schutz der nationalen Arbeit, die Fürsorge für die producirenden Stände, voran die Landwirthschaft, sich aus allen Kräften angelegen sein zu lassen. Man kann sich kaum vorstellen, daß Minister zu finden seien, die Willens und im Stande wären, hier mehr zu leisten, als eben Graf v. Posadowsky, Freiherr von Hammerstein und Herr v. Miquel. Und dennoch beim Bande der Landwirthe nichts als ein ewiges Klagen und Anklagen, nie ein Zeichen der Zufriedenheit. Bald wird gegen die Börse nicht schneidig genug vorgegangen, bald wird die Grenze nicht hermetisch genug abgesperrt, bald zahlen die Proviant-Aemter nicht genug für das Getreide, bald hat die Margarine noch zu viel Freiheit ꝛc."

Im weiteren Verlaufe weist der Artikel die Angriffe gegen die Zinserhöhung der Centralgenossenschaftscasse und gegen die England und Nordamerika gegenüber eingeschlagene Handelspolitik scharf zurück und schließt dann mit folgender, höchst beachtenswerther Auslassung über die künftigen Handelsverträge: „Welche Aussichten eröffnet das für die Berhündigung über die künftige Handelsvertrags-Politik! Schon längst deutet ja schon Alles darauf hin, daß die Regierung sich die künftigen Verträge anders denkt, als die Führer des Bundes der Landwirthe. Daß diese trotz aller Politik der Sammlung ganz andere Pläne im Auge haben, als die Industriellen, ist ebenfalls kein Geheimniß. Welch ein Wirrwarr wird man entstehen, wenn die Bündler verlangen, die Regierung solle sich von anderen Staaten Zugeständnisse ausbedingen, die zu erlangen ihr unmöglich ist, und wenn auf der anderen Seite die Industriellen keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß sie keineswegs geneigt sind, die Forderungen der Kanitz, Kardorff, Hahn u. s. w. zu vertreten, sondern ihre eigenen Interessen verfolgen, die keine allzu großen Aenderungen der bestehenden Verträge bedingen." Für die allgemeine innere Politik ist sehr zu beachten, wie hier von dem klerikalen Blatte die gegenwärtige Regierung anerkannt, gelobt und vertheidigt wird. Die Klerikalen harren noch ihres Lohnes für ihre Haltung in der Marinevorlage, sie sind um so größerer Hoffnung, des Lohnes nicht verlustig zu gehen, als sie im neuen Reichstage mehr noch als im vorigen die Entscheidung in der Hand haben. Als kluge Leute wollen sie zunächst auf freundschaftlichem Wege zum Ziele zu gelangen suchen. So ist die Situation für Diejenigen, denen eine absolute Centrumsherrschaft kein erstrebenswerthes Ideal darstellt, ohnehin eine sehr bedenkliche. Wollen nun die Agrarier von rechts her dasselbe thun, was von links her die Fortschrittler thun, nämlich im Dienste des Jagdherrn, des Centrums, die Rolle des Treibers zu spielen, der das Wild, die Regierung, dem Jäger vor die Flinte bringt? Es giebt doch wohl in der Partei, auf die sich die Agrarier vornehmlich stützen, in der conservativen Partei, noch eine Anzahl von Männern, die nicht in der Centrumsherrschaft das Heil Deutschlands erblicken. Diese Männer sollten zu ihrem Theil dafür sorgen, daß nicht durch die agrarischen Ansprüche die Regierung völlig dem Centrum verfällt. Will man aber schon die allgemeine innere Politik nicht berücksichtigen, will man das egoistische über das vaterländische Interesse gehen lassen, so soll man es doch wenigstens nur dann thun, wenn man des Erfolges sicher ist. Wie steht es aber damit? Die Auslassung der „Köln. Volksztg." thut zur Genüge dar, daß im Centrum der handelsvertragsfreundliche Flügel noch eben so stark ist wie 1893—94. Bei den Reichsparteilern und den Nationalliberalen mögen einige Mitglieder mehr als damals zu den Agrariern hinneigen, was aber dadurch wett gemacht wird, daß die Socialdemokraten ein Dutzend Mitglieder mehr zählt als damals. Eine Mehrheit für Handelsverträge würde sich also ebenso finden, wie 1893—94. Zudem muß man noch Eins bedenken: die Conservativen haben beim russischen Handelsvertrage fast geschlossen mit „Nein" gestimmt. Würden nicht aber die geringen Absplitterungen, die damals vorkamen, größer gewesen sein, wenn nicht die Gewißheit vorhanden gewesen wäre, daß die Annahme auch ohne die conservativen Stimmen gesichert war? Es wäre schon wegen der Stellung einer ganzen Anzahl von conservativen Abgeordneten in ihrem bürgerlichen Leben unmöglich gewesen, ein von der Regierung für die innere wie für die äußere Politik als wichtig und absolut nothwendig erklärtes Gesetz zu Falle zu bringen, und man durfte sich die Opposition nur darum gestatten, weil sie praktisch nicht von Bedeutung war. Was damals der Fall war, ist es auch heute noch. Die absolute Negation jeder Handelsvertragspolitik könnte nur eine Schwächung des Ansehens der conservativen Partei, eine Stärkung des Einflusses der Centrumspartei und gegebenenfalls eine Spaltung der conservativen Partei zur Folge haben. Wenn von agrarischer Seite schon jetzt gesucht wird, bei den künftigen Handelsverträgen für die agrarischen Interessen soviel als nur denkbar herauszudrücken, so ist das das gute Recht der Agrarier; nur sollten sie als kluge Feldherren sich davor hüten, so zu speculiren, daß ihnen die Rückzugslinie gesperrt wird. Der Artikel der „Kölnischen Volksztg." verdient überall Beachtung, auf agrarischer Seite aber sollte er in ganz besonderem Maße beherzigt werden.

Die Socialdemokratie macht in dem kleinen **Dänemark** große Fortschritte. Augenblicklich entwickelt sie eine lebhafte Agitation für die Anfang nächsten Monats stattfindenden Urwahlen zum Oberhaus (Landsthing). Im Folkething (Unterhaus) sitzen bereits 12 Socialdemokraten, im Oberhaus bisher 2, die sich diesmal einer Neuwahl zu unterziehen haben. Die Wahlmänner für das Oberhaus werden zu gleichen Theilen durch das allgemeine Wahlrecht und die Höchstbesteuerten gewählt. Die Mandatsdauer beträgt 8 Jahre und jedes vierte Jahr scheidet die Hälfte der Erwählten aus. Der diesmaligen Wahl legt man eine besondere Tragweite bei, weil ein etwaiger radicaler Ausfall ähnlich dem Ergebniß der Unterhauswahl dieses Frühjahrs zur Einsetzung eines demokratischen Cabinets an Stelle des jetzigen conservativen Ministeriums führen könnte. Wie schon bei den Wahlen zum Unterhaus, haben auch diesmal die Linke und Socialdemokraten ein Wahlcartell geschlossen und sich verpflichtet, ihre Candidaten gegenseitig zu unterstützen. In Kopenhagen stellen die beiden Parteien drei Candidaten auf, unter ihnen einen Socialdemokraten. Die socialdemokratische Partei, die sehr gemäßigt ist und in den letzten Jahren im ganzen Lande große Bedeutung gewonnen hat (in nahezu 150 Gemeinden sitzen socialdemokratische Vertreter), gründet immer mehr neue Zeitungen und eigene Versammlungs- und Vereinshäuser, neuerdings ein solches in Aarhus (Jütland), wobei die 180 000 Kronen betragenden Kosten von den Arbeitern durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. In Kopenhagen besitzt die Partei vier Volkshäuser auf eigenen Grundstücken. Nachdem neuerdings in Norwegen das allgemeine Stimmrecht eingeführt worden ist, dürfte, wie nochmals in diesem Zusammenhange erwähnt sei, auch die norwegische Socialdemokratie, die bei den letzten Wahlen den Ausschlag zu Gunsten der Linken gegeben und auf ihrem letzten Parteitage sich für die Auflösung der Union mit Schweden erklärt hat, bald ihren Einzug ins Storthing halten. Im schwedischen Reichstag sitzt bis jetzt ein in Stockholm gewählter Socialdemokrat.

Je näher man dem Tage des Zusammentrittes des **belgischen Parlamentes** kommt, desto greifbarere Gestalt nehmen die Meldungen über bevorstehende Veränderungen innerhalb des Ministeriums Desmet de Naeyer an. Außer dem Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts, Schollaert, dessen Unfähigkeit gerade in den letzten Monaten Jedermann offenkundig wurde, bezeichnet man jetzt auch die beiden ältesten Mitglieder des Cabinets als amtsmüde, nämlich den Ackerbauminister de Bruyn und den Eisenbahnminister Vandenpeereboom, der bekanntlich seit zwei Jahren in Ermangelung eines Generals auch das Kriegsministerium verwaltet. Die drei genannten Minister sind entschiedene Anhänger der extrem-klerikalen Politik, wie sie der Staatsminister Woeste, der verhängnißvolle Mann, wie ihn der König einmal genannt hat, befürwortet und die das Ministerium Desmet de Naeyer auch in der letzten Zeit befolgt hat. In den gemäßigten ultramontanen Kreisen kann man sich aber der Wahrnehmung nicht verschließen, daß diese extreme klerikale Politik bisher nur drei, keineswegs beabsichtigte Erfolge aufzuweisen hat, nämlich die Abdrängung der Liberalen ins radicale Lager, die erhebliche Stärkung der Socialdemokratie und die Hervorrufung jener katholisch-demokratischen Bewegung, deren der Ultramontanismus jetzt nicht Herr zu werden vermag. Die gemäßigten Klerikalen, die seit Beernaert's Rücktritt in den Hintergrund gedrängt worden sind, haben im Arbeitsminister Nyssens einen geschickten Wortführer innerhalb des Cabinets gefunden, und da auch die Hofpartei mit großem Nachdruck eine Politik der Mäßigung wünscht, so ist eine Umgestaltung des Ministeriums Desmet de Naeyer in diesem Sinne nicht unwahrscheinlich.

In der Beleuchtung, welche dem letzten **japanischen** Cabinetswechsel durch eingehendere Berichte aus Tokio zutheil wurde, gewinnt dieses Ereigniß eine erhöhte Bedeutung. Es ist nämlich damit ein weiterer Schritt auf der Bahn der Europäisirung der politischen Einrichtungen Japans vollzogen. Bei aller Nachahmung des europäischen Parlamentarismus hatte man sich in Tokio gegen jene Consequenz des Constitutionalismus, wonach die stärkste Partei der Volksvertretung zur Lenkung der Angelegenheiten des Landes berufen ist, bisher heftig gesträubt. Die inneren Verhältnisse hatten jedoch eine derartige Entwickelung genommen, daß sich die Annahme dieses Princips, wenn überhaupt ein Zusammenwirken von Regierung und Parlament erzielt werden sollte, kaum noch lange hätte hinausschieben lassen. Von dieser Erkenntniß geleitet, hatte der gewesene Ministerpräsident Marquis Ito beabsichtigt, die Action bei den Neuwahlen für das Parlament derart zu leiten, daß eine kräftige Majorität zu Stande komme, als deren Ausdruck sich das Cabinet hätte betrachten können. Zur Erreichung dieses Zweckes sollte eine engere

---

Feuilleton.

In der Brandung des Lebens.

16] Roman aus dem amerikanischen Westen.
Von Theodor Eicke.
Nachdruck verboten.

Der furchtbare Verdacht, der gerade Dorothy weinend aus dem Zimmer getrieben hatte, kam auch über den Richter und schüttelte ihn, daß ihm die Knie zitterten. „Ihr — hattet Streit!" sagte er leise. „Fahr' fort, mein Sohn, fahr' fort; laß mich auch das Schlimmste wissen."

„Dann kam Brant gerade herein, und ich weiß nicht genau, was vorging. Das Licht erlosch, und Jemand feuerte einen Pistolenschuß ab. In der Mitte der Decke hängt ein großer Kronleuchter mit elektrischen Lampen, den brechte Einer von draußen auf, und da sah ich, daß Harding getroffen war."

Richter Langford schritt unruhig durch das Zimmer, dann trat er an seinen Sohn heran und legte seine Hände auf dessen Kopf.

„William, Du sagst „Jemand"; so wahr Du auf Vergebung hoffst, sag' mir, warst Du es?"

„Nein, Vater", rief der Junge mit Nachdruck, „ich kann es gar nicht gewesen sein. Weißt Du, als wir in Streit kamen, that ich so, als ob ich zum Revolver greifen wollte. Als Harding dies sah, zwang er mich, die Hände auf den Tisch zu halten, und ich wagte nicht, mich zu rühren."

Der Vater athmete freier. „Dann muß Brant es gewesen sein."

„Vermuthlich, das heißt, wenn er sich nicht selbst angegeben hätte, würde ich darauf schwören, er wäre es nicht gewesen."

„Warum?"

„Ich sah ihn genau an, als er eintrat, habe auch seine beiden Hände gesehen, aber keine Pistole darin."

„Du bist dessen gewiß?"

„Ja."

„Du mußt Dir Alles klar vorstellen und zusammenhängend erzählen. Du wirst als Zeuge vernommen werden und vielleicht hängt Brant's Leben von Deiner Aussage ab."

„Ich erinnere mich jetzt ganz gut, aber ich konnte nicht Alles sehen. Es schien, als ob Brant, die Hände ausgestreckt, vorwärts stürzte und dabei die Lampe zerbrach, und in demselben Augenblick fiel der Schuß."

Der Schall der Hausthürglocke unterbrach ihn und das Verhör war zu Ende. Ein Polizist kam und lud Will zum Verhör in der Voruntersuchung, das auf zehn Uhr angesetzt war. Da die Zeit nicht mehr fern war, nahm der Richter Hut und Ueberzieher und ging mit seinem Sohne fort.

Neue Enthüllungen gab es bei dem Verhör nicht. Will Langford erzählte Alles ohne Umschweife und Brant schwieg seinem Plane gemäß hartnäckig. Der Untersuchungsrichter ließ darauf für Brant einen Antrag auf „Nicht schuldig" eintragen, gab einen Verhaftsbefehl und stellte die Caution auf 10 000 Dollars fest. Forsyth und Antoine waren anwesend und der Letztere machte den Redacteur mit Richter Langford bekannt. Trotz seinem Versprechen, Brant in der Zeit der Noth ein Freund zu sein, erbot sich der Richter sofort, für Bürgen zu sorgen, aber Forsyth schüttelte den Kopf.

„Hat keinen Zweck", entgegnete er, „er will von Caution nichts wissen; ich kann ihn nicht einmal dazu bringen, einen Anwalt anzunehmen."

„Aber, mein werther Herr, das ist ja Selbstmord!" rief der Richter.

„Gewiß, dasselbe habe ich ihm auch gesagt — aber es nützt nichts."

Jetzt erwachte der Jurist in dem Richter und er wurde interessirt.

„Will keinen Anwalt annehmen, was? Welchen Grund giebt er denn an?"

Forsyth zögerte mit der Antwort, da er nicht wußte, wie weit er dem Fragenden vertrauen konnte. „Ueberhaupt keinen — will überhaupt nicht darüber sprechen; aber ich habe meine Gedanken — wir sind doch Alle Freunde von ihm, denke ich, und ich kann offen sprechen?"

„Natürlich, nur zu."

„Wissen Sie, er ist in mancher Hinsicht ein eigenthümlicher Mensch, den man nicht mit dem Durchschnittsmaß messen darf. Ich glaube, er hat die That mit Ueberlegung begangen und zwar aus Gründen, die nicht auf der Oberfläche liegen. Und da er es gethan hat, will er auch die Folgen auf sich nehmen."

„Hm!" machte der Richter nachdenklich. Dann fiel ihm ein, wie leicht es für Brant gewesen wäre, den Verdacht auf Will abzuwälzen, und sein Herz erwärmte sich für den Schuldigen.

„Wir dürfen das nicht zugeben, Mr. Forsyth. Der Gerichtshof wird ihm ja einen Anwalt zuweisen, er mag wollen oder nicht, aber dahin dürfen wir es nicht kommen lassen. Sie müssen ihn wieder aufsuchen und ihn veranlassen, Vernunft anzunehmen."

Forsyth versprach zu thun, was er konnte, und der Richter und sein Sohn verließen zusammen das Gerichtsgebäude. Der Journalist und Antoine folgten ihnen. Als die Langfords außer Hörweite waren, begann der Bureaucht: „Sie mögen sagen, was Sie wollen, Forsyth, aber ich glaube nicht eher an Brant's Schuld, bis er sie selbst zugiebt."

„Aber mein verehrter Freund, hat er denn das nicht so gut wie gethan?"

„Nein. In dem Wenigen, was er gesagt hat, hat er den Punct sorgfältig umgangen."

„Natürlich, das ist das einzig Richtige für ihn; er ist nicht verpflichtet, sich selbst zu beschuldigen."

„Ist das einzig Richtige, wie Sie sagen, paßt aber durchaus nicht in Ihre Theorie. Wenn er den Mann tödtete und entschlossen ist, die Folgen auf sich zu nehmen, weshalb in aller Welt bekennt er sich dann nicht schuldig und macht der Sache ein Ende?"

Das war eine logische Frage, und Forsyth war nicht im Stande, sie zu beantworten. Er sagte es und fügte hinzu: „Wenn Sie Brant's Schuld bestreiten, bringen Sie den Jungen in schlimme Lage."

Antoine hatte das wohl bedacht. „Dazu kann ich nichts", entgegnete er schnell. „Jeder liegt so, wie er sich bettet. Wenn Sie auf die Motive kommen, dann sieht die Sache, wie Sie zugeben müssen, sogar nach Will's eigener Erzählung schlecht genug für ihn aus. Er allein hat mit Harding Streit gehabt."

„Ja, ganz recht, aber — nein, ich kanns nicht glauben, Antoine, der reine Junge!"

„Das stimmt, aber ein junger Taugenichts, hitzköpfig und aufgeregt. Ich habe ihn während seines ganzen Lebens gekannt, und meiner Ansicht nach ist ihm sowohl die That selbst als das Leugnen derselben wohl zuzutrauen."

Sie hatten die Ecke erreicht, wo Antoine zu seinem Bureau abbiegen mußte. Der Journalist stand still und sah seinem Begleiter fragend an. „Sie sind ein Freund der Langfords, nicht wahr?" meinte er.

„Gewiß; aber Recht bleibt Recht. Ich würde dasselbe sagen, wenn Will Langford mein eigener Bruder wäre", erwiderte Antoine entschieden. „Ich weiß, daß Sie mir nicht zustimmen, und ich erwarte es auch von Niemandem, aber ich behaupte, Brant ist nicht schuldig und dabei bleibe ich."

Forsyth ging unüberzeugt seines Weges, aber es war natürlich, daß Antoine's Ansicht das Gespräch, das er Nachmittags mit Brant hatte, beeinflußte; leider war der Erfolg anders, als Forsyth gewünscht hätte. Während der Gefangene allerdings nichts sagte, woraus ein Bekenntniß seiner Schuld hätte construirt werden können, verließ der Redacteur das Gefängniß nur mit derselben, aber über allen Zweifel verstärkten, Ueberzeugung. In der Angelegenheit des Anwalts hatte er auch vergeblich versucht, Brant vernünftigen Erwägungen zugänglich zu machen.

XXIV.

So lange Richter Langford von der Furcht gequält war, daß sein Sohn zu allen seinen schlechten Streichen auch noch einen Mord begangen hätte, kam die unangenehme Thatsache, daß der Name der Familie durch die Zeitungen gezogen wurde, kaum in Betracht. Aber als es klar erschien, daß Will nicht schuldig war, kam auch das kleinere Unglück zur Geltung und der Richter schloß sich in sein Zimmer ein, um zu trauern über den Schiffbruch seines guten Namens.

Zu ihm in seiner kummervollen Abgeschlossenheit kam Dorothy, schmerzbewegt und gebeugt von einer Last von Angst, die zu schwer für sie war, um sie allein zu tragen. Der Richter liebte seine ältere Tochter zärtlich, und er vergaß sein eigenes Leid in dem Bemühen, das ihre zu lindern.

„Was fehlt Dir, mein Kind? Ist es denn noch schlimmer als das Schlimmste?" fragte Richter Langford.

„Ja, Papa; Alles ist meine Schuld!" schluchzte Dorothy, indem sie ihr Gesicht in den Händen vergrub.

„Deine Schuld?" — Ich verstehe Dich nicht. Was meinst Du?"

„Er war dort, weil ich ihn gebeten hatte, zu gehen; er versuchte, William zum Heimgehen zu bewegen."

„Wer — Mr. Brant? Du batest ihn? Wie ist das möglich?"

Dorothy trocknete ihre Augen und erzählte tapfer die ganze Geschichte, indem sie mit dem Zusammentreffen in Mr. Craftwell's Arbeitszimmer anfing und ihrem Vater schließlich die beiden Briefe gab, die sie von Brant empfangen hatte.

„Du handeltest in bester Absicht; ich zweifle nicht daran und tadele Dich nicht. Aber Du hast Recht — es erschwert die Sache ganz bedeutend. Es macht uns in gewissem Sinne mit verantwortlich, ohne allerdings zur Aufklärung des Geheimnisses etwas beizutragen. Wenn der junge Mann die Absicht hatte, William zu retten — und das scheint zweifellos — warum in aller Welt verdarb er seine gute That durch einen Mord?"

„Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht! Aber hätte ich ihn nicht dorthin geschickt, so wäre er nicht dort gewesen."

„Wahrscheinlich nicht. Aber Du mußt Deine Verantwortlichkeit nicht größer machen, als sie ist. Was auch sein Motiv war, sicher hängt es mit Harding's Verhältniß zu William nicht zusammen."

„Wenn ich das nur sicher wüßte!" sagte Dorothy. „Nicht, daß es irgend einen Unterschied machte", fügte sie klagend hinzu;

SLUB
Wir führen Wissen.